



48/2006

Kiel, 13. April 2006

Wulf Jöhnk: Motivieren und kooperieren statt sanktionieren

Kiel (SHL) – *Ein Schritt in die richtige Richtung ist das gestern bekannt gewordene Integrative Sprachförderkonzept des schleswig-holsteinischen Bildungsministeriums. Diese Auffassung vertritt Wulf Jöhnk, Ausländerbeauftragter des Landtages.*

„Hier wird frühzeitig Förderung angeboten statt mit der Kürzung von sozialen Leistungen, der Verweigerung der Einschulung in Regelschulen oder sogar der Abschiebung zu drohen. Wir brauchen keine marktschreierische Auseinandersetzung über angeblich gesetzesfreie Räume und Parallelgesellschaften, bei der die Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund und deren Eltern zum schwarzen Peter gestempelt werden, sondern eine sachlich orientierte Debatte über Sprachförderkonzepte die greifen“, so Jöhnk.

Schleswig-Holstein habe hier schon einiges geleistet, wobei Jöhnk sowohl auf die SPRINT-Sprachkurse für Kinder, die kurz vor der Einschulung stehen, hinweist, als auch auf die Deutsch-als-Zweitsprache (DaZ) –Zentren. Dort werden Deutschintensivkurse für bereits eingeschulte Kinder angeboten. Ein frühzeitiger Kindergartenbesuch erhöht die Kompetenz in der deutschen Sprache deutlich. Daher muss laut Jöhnk erreicht werden, dass möglichst alle Kinder mit Migrationshintergrund eine Kindertageseinrichtung besuchen - und zwar so früh wie möglich. Dies kann nur durch umfassende Information der Eltern über den Wert eines Kindergartenbesuchs gelingen bei gleichzeitiger Reduzierung der Kosten eines Kindergartenplatzes.

„In das Werben um den Kindergartenbesuch sollen selbstverständlich die Migrantenselbstorganisationen einbezogen werden“, betont der Ausländerbeauftragte. „Sie haben eine wichtige Funktion bei der Integration.“

Die Eltern der Kinder müssen laut Jöhnk in den Kindergartenalltag und später auch in den Schulalltag mit einbezogen werden. Auch die Eltern mit

Migrationshintergrund wünschen selbstverständlich einen guten Bildungserfolg für ihre Kinder. Leider sind viele Eltern jedoch aufgrund anderer Erfahrungen in den Herkunftsländern nicht ausreichend orientiert, wie sie ihre Kinder beim Schulbesuch aktiv fördern und unterstützen können.

Hier sieht der Ausländerbeauftragte auch im Land Schleswig-Holstein noch ein weites Betätigungsfeld, das gemeinsam mit dem Ministerium, Migrantenvereinen und Beratungsstellen beachtet werden muss.